



Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## **Aus den Verhandlungen des Regierungsrates**

### ***Jahresbericht der Schaffhauser Sonderschulen***

Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Jahresbericht 2010 der Schaffhauser Sonderschulen. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 120'000 Franken ab. Im vergangenen Jahr konnte die letzte Tranche des Kantonsdarlehens aus dem Jahr 2005 von 3 Mio. Franken an den Kanton zurückbezahlt werden. Die Reorganisation der Geschäftsleitung der Schaffhauser Sonderschulen konnte 2010 mit der entsprechenden Teilrevision des Sonderschuldekrets erfolgreich abgeschlossen werden. Damit wurde eine vermehrte Fokussierung auf pädagogische Themen möglich. Mit der Einführung und der Umsetzung einer ganzheitlichen Förderplanung ist ein erster Schritt getan, um weiterhin ein qualitativ gutes Schulungs- und Betreuungsangebot für Kinder mit einer Behinderung zu gewährleisten.

Im Schulbereich der Kinder mit einer Körperbehinderung ist eine deutliche Zunahme der Schülerzahlen festzustellen. Die Bandbreite der Ausprägungen der Behinderungen ist zunehmend sehr vielfältig. In allen anderen Bereichen ist die Schülerzahl in etwa gleich bleibend; eine leichte Zunahme ist bei der Integrativen Sonderschulung zu verzeichnen.

### ***Ja zu Entrümpelung des Schilderwaldes***

Der Regierungsrat äussert sich positiv zum vorgeschlagenen Abbau des Schilderwaldes auf den Schweizer Strassen, wie er in seiner Vernehmlassung an das Bundesamt für Strassen festhält. Die Verordnung über die Strassenbenützung und die Verordnung über die behördliche Strassensignalisation führen zu einer Entrümpelung und einem Abbau des Schilderwaldes. Regelungen, welche die Verkehrsteilnehmenden für ein sicheres Verhalten nicht zwingend kennen müssen, werden entfernt oder vereinfacht. In Zukunft soll die Innerortsgeschwindigkeit grundsätzlich ab der Ortschaftstafel gelten und nicht mehr separat mit dem Signal «Höchstgeschwindigkeit 50 generell» angezeigt werden müssen. Grünes Licht soll neu in jedem Fall mit einem gelben Blinklicht ergänzt werden müssen, wenn der Vortritt anderen Verkehrsteilnehmern zusteht, denen ebenfalls ein grünes Licht angezeigt wird. Die Abbildungen auf den Signalen werden aktualisiert. Insbesondere sollen Menschen neu geschlechtsneutral abgebildet werden. Die Regierung stimmt den Verordnungsentwürfen im Grundsatz zu. In einigen wenigen Einzelpunkten stellt der Regierungsrat Änderungsanträge.

### ***Personelles***

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste vom Rücktritt von Richard Ammann, Leiter des Vermessungsamtes, per 31. März 2012 Kenntnis genommen. Richard Ammann geht Ende März 2012 in Pension.